

Sieht so soziale Gerechtigkeit aus?

„In der Bundesrepublik Deutschland wird **Soziale Gerechtigkeit** als ideelles Ziel des aus dem Sozialstaatsgedanken des Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes abgeleiteten Bestrebens der Sozialpolitik angesehen. Dem Bürger soll eine existenzsichernde Teilhabe an den materiellen und geistigen Gütern der Gemeinschaft garantiert werden. Insbesondere wird auch angestrebt, eine angemessene Mindestsicherheit zur Führung eines selbst bestimmten Lebens in Würde und Selbstachtung zu gewährleisten.“ (Wikipedia).

Das uns vorliegende Sparpaket der Schwarz-Gelben Regierung wird diesen Ansprüchen in keinem Punkt gerecht. Drastische Einsparungen bei den Ärmsten der Armen, vage Ankündigungen über Belastungen von Banken und Wirtschaft, das ist das Ergebnis der Sparklausur. Wer je dem Märchen geglaubt hat, Merkel vertrete sozialdemokratische Ansichten, der wird eines Besseren belehrt. Hartz IV wird verschärft, Altersarmut für Arbeitslose programmiert, die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Empfänger zeigt, welchen Stellenwert Familie und Kinder bei Schwarz-Gelb tatsächlich haben.

Das „Sparpaket“ mit einem Volumen von 11,1 Milliarden im Jahre 2011 und von insgesamt über 80 Milliarden in den Folgejahren beinhaltet auch ein Opfer der Wirtschaft – so die Kanzlerin – und bietet einen fairen Ausgleich zwischen Sozialkürzungen und Belastungen der Wirtschaft. Wenn überhaupt müsste es um einen fairen Ausgleich zwischen Arm und Reich gehen, also zwischen denjenigen, die unter der Finanz- und Wirtschaftskrise am meisten zu leiden haben und den Krisengewinnlern. Doch wie es sich zeigt, handelt es sich dabei eher um Luftbuchungen, oder genauer einem Lügengebäude:

- Da sollen also künftig die Energiekonzerne jährlich 2,3 Milliarden Euro als „Brennelementesteuer“ bezahlen. Damit dürften kaum die Sanierungskosten für die Endlager Asse und Morsleben hereinkommen, von den Kosten für den Rückbau alter Atomkraftwerke erst gar nicht zu reden. Darüber hinaus wird diese „Sparmaßnahme“ an eine Verlängerung der Laufzeit der AKW verkoppelt. Ein abgeschriebenes Kernkraftwerk bringt – so die Experten – für die Energiefirmen etwa 1 Million Euro Gewinn – am Tag. Bei einer Laufzeitverlängerung um 10 Jahre bedeutet das einen Gewinn von 10 Milliarden und bei 25 Jahren 70 Milliarden Euro. Die „Einsparung“ wird also von Subventionen aufgefressen und mit Extragewinnen für Eon, EnBW und RWE erkaufte. Ganz davon abgesehen werden die Energiefirmen die „Belastungen“ bei den kleinen Verbrauchern schon wieder hereinholen.

- Der Abbau von Steuervergünstigungen für energieintensive Betriebe in Höhe von 1 – 1,5 Milliarden Euro ist gemessen am Volumen der Steuersubventionen von derzeit 8 bis 9 Milliarden Euro geradezu lächerlich.

- Die vage Angabe über die Besteuerung der Banken in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich ab 2010 – noch bleibt völlig offen ob als Bankenabgabe und/ oder Finanzmarkt-Transaktionssteuer – ist leeres Versprechen, denn sie soll nur dann eingeführt werden, wenn die „Bemühungen“ der Regierung erfolgreich sind, auf internationaler und/ oder zumindest europaweit eine Verständigung zu erzielen. Selbst wenn dieser unwahrscheinliche Fall einträte, wäre das nur ein lächerlich kleiner Beitrag der Banken an der Finanzierung der Bankenkrise. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine Irre-

führung der Öffentlichkeit, denn zu einer solchen Verständigung auf übernationaler Ebene wird es nie kommen. Selbst wenn: Eine Finanztransaktionssteuer, die nach Angaben führender Ökonomen kaum 2 Milliarden brächte, hätte diesen Namen nicht verdient.

- Dass die Deutsche Bahn künftig Dividenden von 500 Millionen Euro im Jahr an den Bund abführen soll, steht angesichts der Schulden von 15 Milliarden ohnehin in den Sternen. Im Übrigen bezahlen diese Dividenden die Bahnkunden. Können Sie sich daran erinnern, wann die DB je in der Vergangenheit eine Dividende gezahlt hat? So sieht also die faire Beteiligung „der Wirtschaft“ aus. Von einer Rücknahme einer höheren Besteuerung von Bankenboni oder gar von einer Anhebung der Vermögenssteuer ist keine Rede. Allein mit der Rücknahme der unsinnigen Steuersenkung durch das „Wachstumbeschleunigungsgesetz“ also auch etwa mit dem Kassieren der Steuersubventionen für die Hoteliers könnte so viel Geld in die öffentlichen Kassen kommen, wie durch die gesamten Kürzungen im Sozialbereich nunmehr „eingespart“ werden sollen. Mit langfristig 10 Milliarden Euro jährlich soll bei den Leistungen für Arbeitslose am stärksten gekürzt werden. Zusammengefasst bedeuten diese Entscheidungen eine weitere Erhöhung des ökonomischen Drucks auf die Arbeitslosen. Frau Merkel verkauft dies als „fairen Ausgleich“. Geradezu skandalös ist die Streichung der monatlichen Pauschale von 40,80 Euro, die die Bundesagentur pro Monat an die Rentenversicherung bezahlt. Dadurch erhöhte sich bisher die Rente der Betroffenen um den „stolzen“ Betrag von 2,09 Euro. Schon dieser Betrag hat bei Weitem nicht gereicht, um bei länger andauernder Arbeitslosigkeit Altersarmut

zu verhindern. Jetzt wird Altersarmut geradezu programmiert. Im Übrigen spart der Bund dabei auf Kosten der Kommunen, denn die müssen für die Grundsicherung im Alter aufkommen. Nur zynisch kann man die Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld für Geringverdiener nennen. Die Arbeitsagenturen sollen schon im nächsten Jahr 2 Milliarden und längerfristig 5 Milliarden Euro jährlich einsparen, indem sie die Leistungen künftig stärker nach eigenem Ermessen gewähren können. Man tut also gerade so, als seien Agenturen mit den bisherigen „Pflichtleistungen“ zu spendabel umgegangen. Man mag über den Sinn mancher Maßnahmen der Arbeitsagentur streiten, aber die Annahme, dass Leistungen, wie etwa Eingliederungshilfe etc. künftig, weniger notwendig wären, ist grotesk. In dem man Rechtsansprüche der Betroffenen in Ermessungsentscheidungen der Agenturen umwandelt, macht man Arbeitslose noch mehr zu Bittstellern als schon bisher. Die Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Zuschüsse vom Bund auskommen. Das zwingt entweder die Bundesagentur für Arbeit zu weiteren drastischen Einschränkungen oder aber müssen die Beitragssätze deutlich über die 2011 vorgesehenen 3 Prozent angehoben werden. Das hieße: Die Arbeitnehmer werden zu höheren Beiträgen herangezogen, bei gleichzeitiger Kürzung der Leistungen, für den Fall ihrer Entlassung. Eine glatte Luftbuchung ist die Einsparung bei Hartz-IV-Zahlungen in Höhe von drei Milliarden Euro ab 2014 in der Annahme, dass bis dahin die Zahl der Langarbeitslosen sinke. Damit ist eine Senkung der Regelsätze vorprogrammiert. Dabei darf man nicht vergessen, dass die Zahl der Arbeitslosen in den offiziellen Statistiken seit Jahren manipuliert wurden. Nach Ansicht des Chefs am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Folge künstlich geschönter Statistiken. 1,5 Millionen Menschen fallen demnach durchs Zahlenraster. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen 2011 einen Steuerzuschuss gedeckelt auf 2 Milliarden bekommen um ihr Defizit von 11 Milliarden ab-

zumildern. Wie die Bundesregierung die Ausgaben im Gesundheitssystem in Höhe von 4 Milliarden einsparen will, ist völlig offen. Sicher ist nur, dass die verbleibenden Defizite durch Zusatzbeiträge der Versicherten ausgeglichen werden müssen. Bereits heute zeichnet sich zudem die drohende Insolvenz einiger Kassen an. **„Jetzt ist die Handschrift der Koalition sichtbar“, sagt die Kanzlerin über die geplanten Einsparungen. Die Frage ist, ob der deutsche Michel noch in der Lage ist, diese Handschrift zu lesen. Wenn das der Fall wäre, dann dürfte diese Regierung nicht mehr lange an der Macht sein.**

— • —

Zahl der arbeitenden Rentner und Jugendarbeitslosigkeit wachsen.

Renten reichen nicht mehr aus

Die Zahl der arbeitenden Rentner in Deutschland wächst ständig. Das geht aus dem aktuellen Altersübergangs-Monitor des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen hervor. Von 1991 bis 2007 ist die Erwerbsbeteiligung der 65- bis 69-Jährigen erheblich angestiegen. Während 1991 nur 4,9 Prozent der 65- bis 69-Jährigen arbeiteten, waren es 2007 bereits 7,1 Prozent. Der Trend setzt sich weiter fort. Mit sinkenden Renten, verursacht durch die vielen „Nullrunden“ und die permanente Entwertung durch Inflation, steigt der Zwang zu einem Zuverdienst. Bei den erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentnern dominiert die Teilzeitbeschäftigung. Schon vor Erreichen der offiziellen Altersgrenze gehen insbesondere Frauen dieser oder einer geringfügigen Beschäftigung nach. Währenddessen werden andere Arbeitsformen seltener: Vollzeit arbeiten bei westdeutschen Frauen oder Niedrigqualifizierten inzwischen nur noch etwa die Hälfte der erwerbstätigen Älteren zwischen 55 und 64 Jahren. Die Zahlen belegen, dass die Er-

werbstätigenquote bei den Männern wie in den Vorjahren deutlich höher ausfällt als bei den Frauen. Zudem liegt sie in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland.

Unsichere Zukunft für junge Menschen.

Die Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24 Jährigen liegt bei fast 15 Prozent. Nahezu die Hälfte der Jugendlichen erhält nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Zudem arbeiten 56 Prozent der jungen Leute im Niedriglohnbereich – Tendenz weiter steigend. Die Jugendlichen werden mit Stundenlöhnen „abgespeist“, die es ihnen nicht erlauben, rechtzeitig für das Alter Vorsorge zu treffen. In den Medien wird den Jugendlichen oft vorgeworfen, kein genügendes Interesse für die Altersvorsorge aufzubringen (die Versicherungen lassen grüßen). Es wird so argumentiert, als wenn es nur am Unwillen der Jugendlichen läge. In Wahrheit sind es die Dumpinglöhne, die es der jungen Generation unmöglich macht, selber Vorsorge zu betreiben.

— • —

Kapitalabfindungen von Betriebsrenten

Empfänger sehr kleiner Betriebsrenten werden obendrein noch benachteiligt, wenn der Betrag unterhalb von 1 % der monatlichen Bezugsgröße liegt, also bei unter ca. 26 €. In diesen Fällen (sog. Bagatellrenten) darf die Firma (ggf. also auch der PSVaG) sogar ohne Einverständnis des Berechtigten die Betriebsrente durch eine einmalige Kapitalzahlung abfinden. Diese Abfindung erfolgt zwar nach einem üblichen „gerichtsfesten“ Berechnungsverfahren (nach den sog. Heubeck-Tabellen), benachteiligt aber die Betriebsrentner nach unserer Meinung in eklatanter Weise. So wird bei dieser Berechnung natürlich nicht von den Sterbetafeln ausgegangen, die die Versicherungswirtschaft verwendet, nach denen bei den Versicher-

ten geradezu methusalemische Lebensalter erreicht werden. Es wird auch nicht mit dem Zinssatz gerechnet, der bei den Versicherern maximal mit 2,25 % p. a. angesetzt werden darf, sondern mit 5,5 bzw. 6 % p. a. Kein abgefundener Rentner wird je in der Lage sein, derartige ihm vorgerechnete Zinssätze am Markt bei der Geldanlage zu realisieren. Fazit: Gerade die ärmsten Betriebsrentner werden bei einer solchen Kapitalabfindung in schamloser Weise benachteiligt. Bei dieser Methode gewinnt nur die Betriebsrentenzahlstelle. Sie spart die Verwaltungsaufgaben bei der Bearbeitung, Überwachung und Zahlung der Betriebsrenten, muss Kapital und Rückstellungen nicht verzinsen und hat nicht das Risiko, die Renten bei ständig wachsender Lebenserwartung der Bevölkerung unerwartet viel längere Zeit zahlen zu müssen. Die einseitig dem zur Zahlung der Betriebsrente Verpflichteten ersparten Kosten und Risiken sind dem Betriebsrentner lückenlos übertragen. Er erhält nicht einmal zu einem noch so geringen Teil einen Ausgleich. Es besteht auch nach Meinung kompetenter Fachjuristen gar kein Zweifel, dass diese Abwicklung keiner verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten könnte. Doch wer greift solche Fälle auf? Uninteressante Streitwerte waren der Rechtsfindung noch nie besonders förderlich. Darüber hinaus werden uns in der letzten Zeit Fälle bekannt gemacht, in denen Firmen so quasi „hintenherum“ versuchen, auch seit Jahren laufende Betriebsrenten mit einem Abfindungsgebot zu „erledigen“. Nicht auf schriftlichem Wege, sondern seltsamerweise telefonisch werden die „unkeuschen“ Angebote gemacht. „Geld macht sinnlich“ sagt man so – und mancher mag durch eine ihm recht hoch erscheinende Summe gelockt werden. Aber die Angebote sind rechtlich unzulässig, in allen bisher bekannt

gewordenen Fällen äußerst schofel und halten keiner seriösen versicherungsmathematischen Berechnung stand. Außerdem denken die meisten Betriebsrentner nicht daran, dass derartige Kapitalzahlungen sowohl steuer-, als auch sozialversicherungspflichtig (gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung) sind. Selbst wenn solche Abfindungen zulässig wären, bedenke man, dass sich so eine Kapitalzahlung letztlich nur für jemanden lohnen würde, der mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen kann, nur noch eine sehr kurze Lebensspanne vor sich zu haben. In einem Fall wurde einem Mitglied eine Abfindung von 10000 Euro geboten. Der Betriebsrentner im Alter von über 80 hat eine über 20 Jahre jüngere Ehefrau, die ggf. einen Witwenrentenanspruch von 50 % mit zu beanspruchen hat. Wir berechneten einen angemessenen Kapitalbetrag unter Berücksichtigung der aktuellen Sterbetafeln und einem u. E. der aktuellen Situation angemessenen Zinssatz von 3 % p. a. in Höhe von annähernd 29000 €. Zu berücksichtigen ist in diesem Falle besonders, dass auch die Interessen der ggf. den Betriebsrentner überlebenden Ehefrau zu berücksichtigen sind. Also Vorsicht – am besten: Finger weg von solchen „Angeboten“.

— • —

Rücktritt des Bundespräsidenten

Einmaliger Vorgang, schamlose Verletzung des Amtes, verletzte Eitelkeit und mimosenhaftes Verhalten. Dies sind Kommentare zu einem erstmaligen Ereignis in der Bundesrepublik Deutschland, dem Rücktritt eines Bundespräsidenten – mit sofortiger Wirkung. Seitdem rätselt man, welche wahren Gründe Horst Köhler zu diesem Schritt veranlasst haben könnten. Wer Zwischentöne hören kann, erhielt die wahrscheinlich entscheidende Information in der Sendung „quer“ des BR am 10.06.2010. Man hatte

Horst Köhler nach seiner Rückkehr von Afghanistan mitten in der Nacht das in überstürzter Eile vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Unterschrift vorgelegt, ihn quasi dazu genötigt, es sei „alternativlos“ erforderlich, um den EURO und den ganzen EURO-Wirtschaftsraum zu retten. Gleichzeitig wurde die EZB dazu verpflichtet alle „Schrottanleihen“ notleidender EURO-Partnerstaaten aufzukaufen. Viele Fachleute – sicherlich auch Horst Köhler – betrachten diesen eklatanten Bruch der vor der Einführung des EURO festgelegten Stabilitätskriterien als Ende der EURO-Stabilität. Seit diesem Tage hängen auch wir Deutschen – wie wir es als ungefragte EURO-Bürger immer befürchtet haben - im Inflationsgeleitzug der eher die südländische Lebensart favorisierenden Teilnehmerstaaten. Horst Köhler hatte als hoher Beamter im Finanzministerium unter Theo Waigel die Stabilitätskriterien verantwortlich selbst festgelegt. Wenn man so will, wurde über Nacht ein großer Teil seines Lebenswerkes zerstört. Man bekommt plötzlich eine andere Sicht der Dinge. Deshalb: Chapeau, Herr Bundespräsident! – Die Regierung wird sich mittelfristig auf eine deutlich zunehmende Inflationsentwicklung einstellen müssen. Deshalb fordern wir schon jetzt in aller Deutlichkeit: **Eine der Inflation angemessene Entwicklung der Renten und der Betriebsrenten (auch der vom PSVaG) ist „alternativlos“ Frau Kanzlerin Merkel!**

— • —

Gesetzliche Krankenversicherung.

Noch vor der Bundestagswahl tat die große Koalition gemeinsam (das war nicht nur Ulla Schmidt allein) einen „wesentlichen Schritt in die Zukunft zur Absicherung der gesetzlichen Krankenversicherung“, indem sie die einheitliche „Gesundheitsprämie“ festlegte. Der

Beitrag in der GKV beträgt seitdem für alle 14,9 %. Damit sollte die Finanzierung auf sichere Beine gestellt werden. Die Beitragszahler müssen sich nun ein weiteres Mal betrogen fühlen; denn verschiedene Krankenkassen erheben schon seit Monaten die in bestimmtem Rahmen erlaubten Zusatzbeiträge, andere Kassen kündigen solche an oder stehen sogar kurz vor der Insolvenz. Und weiterhin – so wird berichtet – werde für 2011 ein Gesamtdefizit in Höhe von 11 Mrd. EUR erwartet. Was ist da eigentlich los? Hier hilft keine Flickschusterei mehr. Hier muss endlich mit harten Bandagen den Interessengruppen auf die Finger geklopft werden. Die Pharmalobby kennt man als großen Kostentreiber, viele Ärzte lassen sich als „Anfütterer“ missbrauchen. „Versuchen Sie doch einmal das neue Medikament“ – eine weder unbedingt immer notwendige, noch wirtschaftlich sinnvolle Empfehlung. Muss man einen Patienten auf ein anderes, neues und teureres Medikament umstellen, wenn er mit dem bisherigen gut zu recht gekommen ist? Beklagt man begründet einen angeblichen Ärztemangel, wenn feststeht, dass es noch nie so viele Ärzte gegeben hat, sie nur nicht sinnvoll „in der Fläche verteilt“ sind? Meint man, die Zulassungsbeschränkung von Ärzten dadurch sicherstellen zu können, dass man anscheinend ohne große Mühe als selbständiger Arzt mit einem anderen zusammen mit dem Ergebnis eine Gemeinschaftspraxis betreiben kann, dass der einzelne Arzt mit wesentlich geringerer Arbeit auf den gleichen Verdienst kommt wie vorher der eine allein? Muss da nicht die Gemeinschaft der Versicherten doch wieder die höheren Kosten tragen? Es gibt viele Beispiele, Kosten zu sparen, ohne dass dies zur Gefährdung der gesundheitlichen Versorgung führen müsste. Als Fachverband für die Belange

der Betriebsrentner lehnen wir alle „Lösungen“ ab, die Begüterte zu Lasten der wenig Verdienenden begünstigen. Eine Sozialversicherung ist nicht schon dadurch sozial, dass sie die Beiträge ohne Rücksicht auf das Alter oder den Gesundheitszustand erhebt, sondern die Beiträge auch in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit festsetzt. Dieser wirtschaftliche Ausgleich darf jedoch – und das ist der wesentliche Punkt – nicht nur innerhalb des Systems gesucht werden, sondern muss sich auf die Gesamtgesellschaft beziehen. Es geht nicht an, dass man die gesamten Problemfälle in der gesetzlichen Sozialversicherung unterbringt und deren hohe Kostenrisiken nur dem Teil der Bessergestellten aufbürdet, die sich gezwungenermaßen oder auch freiwillig in der GKV versichert haben. Es ist völlig absurd, dass sich die Privatversicherten dem Finanzierungsbeitrag für die Schwachen der Gesellschaft entziehen können, um dann noch in der Gesundheitsversorgung den Rahm abzuschöpfen. Alle derzeit innerhalb der leidgeprüften Regierungskoalition diskutierten Lösungsvorschläge, die diesem Punkt der Kritik nicht gerecht werden und keinen Weg aus dieser Fehlentwicklung weisen, wären völlig ungeeignet, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen.

— • —

Qimonda gibt es nicht mehr und wird abgewickelt, ein bemerkenswertes Schicksal. – unerwünschte Hochtechnologie aus Deutschland

Die Firma Qimonda ist aus der Infineon AG (ehemals Siemens) durch Betriebsübergang im Zuge der Ausgliederung zum 01.04.2006 entstanden. Es handelte sich hierbei um das größte Geschäftsfeld von Infineon, das Speicher-Chips herstellte. Das sind einerseits sogenannte DRAM (Dynamic Random Access Memory), die z.B. in jedem Computer weltweit als Arbeitsspeicher eingesetzt werden, andererseits

auch Flash-Speicher, die ihre Arbeit in den Speicherkarten für Digitalkameras und Mobiltelefone verrichten.

Vor allem die DRAM Speicher waren seit der ersten Entwicklung durch die Firma Intel vor mehr als 40 Jahren die Spitze der Entwicklung in der Halbleitertechnologie. Hier wurde stets an der Grenze des physikalisch und technisch Machbaren gearbeitet. Die Arbeitsplätze in den Entwicklungsabteilungen der Halbleiter- und speziell der Speicher-Industrie waren hochbegehrte bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Hier waren die Begriffe Innovation und Spitze der Entwicklung keine hohlen Management-Phrasen, sondern alltägliche Realität.

In Europa war Siemens seit den 70er Jahren mit wechselndem Erfolg auf dem Gebiet der DRAM tätig. Durch die hochkomplexe Herstellung und das gewaltige Investment, das für eine neue Fabrik notwendig war, unterlag dieser Markt starken Schwankungen, man sprach hier vom sogenannten „Schweinezyklus“. Mal benötigte der Elektronikmarkt mehr Speicher, als alle Hersteller und Fabriken weltweit liefern konnten. Dann stieg der Preis der Komponenten so stark an, dass die Hersteller Milliarden Dollar verdienten. Nachdem das verdiente Geld in neue Fabrikanlagen gesteckt worden war und diese dann alle nach ca. 1,5 Jahren endlich produzierten, war der Wirtschaftsboom meist abgeschwächt und die Hersteller hatten zuviel DRAM für den Markt. Darauf stürzte der Preis weit unter die Herstellkosten und die Firmen machten Milliardenverluste. Durch die langsam wieder steigende Nachfrage wiederholte sich der Ablauf. Um diese Zyklen durchstehen zu können, mussten die Speicherhersteller unendliche Anstrengungen unternehmen, um die Kosten durch Weiterentwicklung ständig und stark senken zu können. Kostenreduzierungen von 15% bis 30% pro Jahr waren normal in dieser Industrie. Als Vergleich: Um die Speicherkapazität von 1 Megabit im Jahr 1970 zu bekommen, hätte ein Kunde umgerechnet 150.000,- Euro bezahlen müssen. Im Jahr 1990 waren für die gleiche Speicherkapazität noch 1,- Euro und heute weit weni-

ger als 0,001 Euro, zu bezahlen. Das war nur über ständige Innovationen und Entwicklungen möglich; Qimonda verfügt heute über mehr als 15.000 Patente und steht damit oben in der Spitzengruppe der deutschen Firmen. Siemens hatte zum Ende der 90er Jahre genug von den starken Schwankungen des Speichermarkts und machte den gesamten Halbleiterbereich selbständig unter dem Namen Infineon. Einen „Schweinezyklus“ später gab auch Infineon dem ständigen Druck der Analysten von Banken und Investoren nach und gliederte die Speichersparte aus um sich aus der Abhängigkeit der Schwankungen zu begeben. Unter dem Namen Qimonda arbeitete die Speichersparte fortan selbständig und wurde ab August 2006 an der New Yorker Börse (NYSE) gelistet. Als nun im Jahr 2008 ein neuer „Schweinezyklus“ die Preise tief herunterdrückte und alle Speicherhersteller tiefrote Zahlen schrieben, wurde alles von der sogenannten Bankenkrise überlagert. Selbst die Hausbank von Qimonda, die den Zyklus schon lange kennt und weiß, wie dieser Markt funktioniert, weigerte sich, die erforderlichen Kredite zu gewähren. Nachdem klar war, dass ALLE Konkurrenten von Qimonda von Ihren jeweiligen Staaten als überlebenswichtig angesehen wurden und mit Staatsgeld (wie auch schon häufig in all den Jahren davor) unterstützt wurden, konnte Qimonda nicht dagegenhalten. Obwohl die eigene Cash-Position zu Beginn der Krise besser war, als bei den meisten Mitbewerbern, schmolz das finanzielle Polster durch die lange Krise dahin. Nachdem der Staat den die Krise verursachenden Banken massiv geholfen hatte, fragte auch Qimonda nach staatlichen Bürgschaften. Nach dem zu erwartenden Aufschwung wollte Qimonda die Darlehen, wie auch schon früher immer, wieder zurückzahlen. Aber weder die Landespolitik in Bayern oder Sachsen, wo Qimonda ca. 3.600 Mitarbeiter in einer großen Fertigung hatte, noch die Bundesregierung unter Angela Merkel oder auch die EU (allein der Betriebsrat hat einen Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso in

deutsch, englisch und portugiesisch geschrieben und um Hilfe für europäische Spitzentechnologie gebeten) sahen einen Anlass, aktiv zu werden. Während Qimonda in die Insolvenz ging und allein in München 1.700 hoch qualifizierte Arbeitsplätze (und gute Steuerzahler) verloren gingen, ließ Ministerpräsident Seehofer zur Wahl plakativieren, dass die CSU in Bayern Hochtechnologie fördern will und Spitzen-Fachleute anlocken möchte; welche Ironie! Qimonda wird heute abgewickelt, es sind vielleicht noch 50 Personen damit beschäftigt, die letzten Reste zu „verramschen“. Die Betriebsrentner sind ähnlich wie im Fall BenQ (ehemalige Siemens-Ausgründung) beim Pensionssicherungsverein gelandet, der jedoch nur die Ansprüche abdeckt, zu denen er gesetzlich verpflichtet ist. Der Qimonda Pensionsplan hatte darüber hinaus Verbesserungen wie die Rente ab 60 für alle Mitarbeiter vorgesehen, sofern sie nicht mehr bei Qimonda arbeiten sollten (dieser Fakt ist mit der Insolvenz erfüllt). Der ehemalige Betriebsrat kämpft seit Langem einen schweren Kampf, dass zumindest ein Teil der Ex-Mitarbeiter in diesen Genuss kommen kann, leider sind dies nur die außertariflichen Mitarbeiter, der „Normalarbeitnehmer“ verliert mal wieder einen Teil seines Anspruchs durch die Pleite der Firma. Übrigens hat der von Qimonda vorhergesagte Aufschwung längst stattgefunden. Die DRAM Preise sind explodiert und die Hersteller verdienen wieder Milliarden von Dollar. Hätte die Politik dem Wunsch der Firma entsprochen, wären die Kredite längst zurückgezahlt und die Firma würde gerade ein dickes Geldpolster aufbauen, gut gerüstet für den nächsten Abschwung. Wie stehen übrigens die Banken da, denen die Politik so bereitwillig geholfen hat? Deren Bilanzen stehen nun wieder gut da, weil alle „Sünden“ in Bad Banks ausgelagert worden sind und der Steuerzahler dafür geradestehen muss. In Summe ist hier viel Steuergeld vernichtet worden. Qimonda wäre heute wieder ein großer Steuerzahler in Deutschland! Ein „herzliches Dankeschön“ an alle „beteiligten Politiker“. Was ist die resultierende Konsequenz?

Diese Hochtechnologie ist damit für immer aus Europa verschwunden.

Von unserem Mitglied Dr. Lothar Armbrrecht

— • —

Aus der Vereinsarbeit

Die meisten Mitglieder wenden sich an uns, weil Sie aktuelle Probleme mit ihrer betr. AV haben. Oft möchte man stöhnen: „Hätten sie sich doch früher dieses wichtigen Themas angenommen.“ Nicht all zu selten fragen Nicht-Mitglieder bei uns um Hilfestellung bei der Lösung ihres Betriebsrenten-Problems an. Da fehlt es oft an Einsicht, dass ehrenamtliche Beratung eine Mitgliedschaft voraussetzt. Wir fragen uns da, wie man erwarten kann, für die völlig uneigennützig Arbeit in der Freizeit, keine Gegenleistung erbringen zu müssen. In nicht wenigen Fällen müssen viele Stunden zur intensiven Analyse und daraus resultierenden Synthese jeden Einzelfalls aufgebracht werden. Die Mitgliedschaft im BRV müssen wir schon zur Bedingung machen – und dabei möchten wir auch Mitglieder gewinnen, die sich unserem Fachverband in Solidarität verpflichtet fühlen, also nicht nur an der Lösung des eigenen Problems sich orientieren und auf dem schnellsten Weg wieder austreten, sondern unsere Ziele nachhaltig unterstützen. Also lautet unser Appell: Dabei bleiben und für Schlagkraft unseres Fachverbandes Sorge tragen!

- Im ersten Halbjahr 2010 haben wir weit über 50 Anfragen bearbeitet, dabei waren allein in 20 komplizierten Einzelfällen sehr zeitaufwendige Analysen und Kontrollberechnungen notwendig, die einen im Einzelfall über viele Stunden andauernden Einsatz eines Spezialisten erfordert haben. Jeder Fall zieht im Durchschnitt mindestens 5 verschiedene individuell zu formulierende Schreiben nach sich. Nicht immer können wir für unser Mitglied eine Verbesserung seiner Zusatzversorgung bieten, aber in jedem Fall bekommt das Mitglied eine gut begründete fachliche Stellungnahme. Da den meisten Mitgliedern – gerade und insbesondere im öffentlichen Dienst – die Berechnungen wie ein Buch mit sieben Siegeln erscheinen, sind unsere Mitglieder

schon beruhigt, wenn ihnen bestätigt wird, dass die Berechnung korrekt ist.

- In vielen Fällen versuchen wir, soweit uns dies möglich ist, mit den Arbeitgebern auf Basis des guten Willens ein positives Ergebnis zu erreichen. Dazu sind – was uns stolz macht – viele Arbeitgeber bereit und unterstützen uns auch in unserem Bemühen. Natürlich gibt es auch katastrophale Gegenbeispiele. Arbeitgeber, die mauern, keine Auskünfte erteilen, ihre Mitarbeiter verdonnern, uns keine konkreten Auskünfte zu geben. Manche verhalten sich regelrecht renitent. Die Anpassung von Betriebsrenten ist das Spezialgebiet dieser Spezies. Wir kennen Fälle, in denen seit über 20 Jahren keine Anpassung erfolgte. Das ist unhaltbar. Und in diesen Fällen gehört die Firma notfalls verklagt. In solchen Fällen verweisen wir auf unseren bewährten Kooperationsanwalt Dr. Bergmann.
- Ymos AG: Nachdem alle Arbeitsprozesse der Betriebsrentner mit unserer Unterstützung, teils bis zum Bundesarbeitsgericht, gewonnen wurden, stellte die Ymos AG den Antrag auf Insolvenz. Zwischenzeitlich bekommen alle unsere Mitglieder wieder ihre laufende Rente vom Pensionssicherungsverein.
- IBM Deutschland GmbH: Erst durch den Gang zum Arbeitsgericht konnten eine Reihe von unseren Mitgliedern ihren berechtigten Anspruch auf eine Anpassung ihrer Betriebsrente erfolgreich durchsetzen.
- Bereinigung unserer Vereinsdatei: Inzwischen zählen wir 1865 Mitglieder, worunter sich auch 26 Spanier (Gastarbeiter) befinden. Unsere Adressenliste für E-Mails umfasst über 625 Adressen. Den Infobrief können wir damit an fast 1/3 der Mitglieder kostengünstig versenden. Wir haben zwischenzeitlich alle Adressenänderungen, die uns zugegangen sind, eingearbeitet. Der Infobrief geht auf gleichem Wege regelmäßig an alle 621 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Ab und an erhalten wir auch eine von dort kommende Rückmeldung. Der Infobrief geht ebenso an alle befreundete Verbände, Freunde und Förderer des BRV und an über 200 Zeitungen. Jedes neue Mitglied wird bei Eintritt ebenfalls mit dem Infobrief versorgt.

Wie steht es um unsere Petition an den Deutschen Bundestag?

Unsere Petition vom 25.08.2009, die sich mit der Forderung nach Anpassung der Betriebsrenten jener Rentner befasst, die ihre Bezüge vom Pensionssicherungsverein erhalten, befindet sich weiterhin in der „Warteschleife“. In diesem Fall ist die Petition zur Stellungnahme an mehrere Ministerien überstellt worden. Offensichtlich liegen dem Petitionsausschuss die daraus resultierenden Rückantworten noch nicht vor. Es ist zwar angebracht, sich in der Einschätzung unserer Erwartungen zurückzuhalten, doch es vermittelt den Eindruck, dass unsere Argumente gut gewählt wurden. Wir werden uns weiterhin gedulden müssen und werden umgehend Bericht erstatten, wenn uns das Ergebnis vorliegt.

Mitgliederversammlung 10.09.2010

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 10.09.2010, 10 Uhr, wiederum in der Mehrzweckhalle in Dießen statt. Wir machen alle Mitglieder auf diesen Termin aufmerksam, damit jeder rechtzeitig disponieren und nach Möglichkeit teilnehmen kann. Essen und Getränke sind wie schon bisher im Eintrittspreis von 12 EUR enthalten.

Anpassung laufender Betriebsrenten

Die im Rahmen der dreijährigen Überprüfung zu ermittelnde Anpassung laufender Betriebsrenten müsste zum Inflationsausgleich mindestens die zu den einzelnen Anpassungsterminen ausgewiesene Erhöhung ausmachen: (Zurückliegende Anpassungstermine vgl. Infobriefe 1/2010 und früher).

Anpassungstermin	Anpassungszeitraum	Anpassungsquote
01.03.2010	01.03.2007-28.02.2010	4,47%
01.04.2010	01.04.2007-31.03.2010	4,75 %
01.05.2010	01.05.2007-30.04.2010	4,15 %
01.06.2010	01.06.2007-31.05.2010	4,25 %

Achtung: Wir machen darauf aufmerksam, dass nach der derzeitigen Gesetzeslage PSVaG-Betriebsrenten dauerhaft keine Anpassung erfahren. Leider findet deshalb eine stetige Auszehrung dieser insolvenzgeschützten Betriebsrenten statt! (Bei der derzeitigen Preissteigerung verfällt die Kaufkraft einer Rente bereits in 10 Jahren um mehr als 20%! Dies kann auf Dauer keinesfalls so hingenommen werden. Wie von uns ausführlich berichtet, hat der BRV unter großen Schwierigkeiten eine Petition mit dem Ziel eingereicht, auch die vom PSVaG übernommenen Betriebsrenten generell mit einer Anpassung von jährlich 1 % auszustatten.

Wir gedenken unserer Verstorbenen

28.12.2007	Dieter Jacob	60 Jahre
in 2008	Rolf Freiberg	76 Jahre
31.12.2008	Käthe Seitz	88 Jahre
04.12.2009	Christel Lietzow	72 Jahre
31.12.2009	Regina Diehl	71 Jahre
01.01.2010	Hubert Braun	70 Jahre
26.02.2010	Karl Heinz Gremmler	67 Jahre
21.04.2010	Lutz Glummert	67 Jahre
29.04.2010	Benedikt Schwallb	69 Jahre
04.05.2010	Anna Tinkl	85 Jahre
09.05.2010	Karlheinz Mühlenbein	80 Jahre

Wir werden den verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Betriebrentner e.V.

Stagura Straße 2, 86911 Dießen a.A.
V.i.S.d.P.: Heider Heydrich, Wörthsee
Redaktion und Satz: Wolfgang Sperling,
Gilching
Erscheinungsort: Dießen a.A.

E-mail: info@betriebrentner.de
Tel: 08807-940455
Fax: 08807-940454
www.betriebsrentner.de